

„Die sowjetische Führungsqlique hat den Marxismus-Leninismus verraten. Unsere prinzipielle Polemik mit ihr wird lange andauern.“

Chou En-lai (1975)

## Postscriptum zur Bedeutung der „prinzipiellen Polemik“ im sino-sowjetischen Konflikt

PETER J. OPITZ

### Vorbemerkung

Anlaß des vorliegenden Artikels war die Bitte, die ideologische Kontroverse zwischen der VRCh und der UdSSR in ihren wichtigsten Aspekten darzustellen und den Stellenwert zu bestimmen, den sie innerhalb des Gesamtkonflikts besitzt. Zumindest unter zwei Gesichtspunkten erscheint ein erneutes Aufgreifen dieser schon wiederholt behandelten Problematik sinnvoll: Zum einen in Anbetracht der Ereignisse und Entwicklungen, die seit der Kulturrevolution in der VRCh stattfanden; zum anderen im Hinblick auf die sino-amerikanische Annäherung. Denn während die Annäherung an die USA die Prinzipientreue der chinesischen Außenpolitik ins Zwielicht rückte und die chinesischen Politiker dem Vorwurf aussetzte, nun selbst genau jene Koexistenz-Politik zu betreiben, die sie einst Chruschtschew angelastet hatten, rückte die Kulturrevolution einige der Anschuldigungen in ein anderes Licht, die Peking gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der UdSSR nach dem Tode Stalins vorgebracht hatte. Leider können im vorliegenden Artikel beide Aspekte nur berührt werden; ihre adäquate Behandlung wird an anderer Stelle nachzuholen sein.

Auch die Darstellung der ideologischen Kontroverse selbst ist hier nur mit Einschränkungen möglich und kann bestenfalls skizzenhaft ausgeführt werden. Denn da diese Debatte nicht in einem politischen Vakuum stattfand, sondern selbst wiederum Ausdruck und Ausfluß eines zumindest sie ständig begleitenden politischen Konflikts war, kann sie von diesem nicht abgelöst werden. Die systematische Analyse der chinesischen Kritik an den Nachfolgern Stalins und die Darstellung der ideologischen Positionen Pekings muß daher ergänzt werden durch einen Aufriß des sich allmählich eskalierenden und immer mehr Bereiche einbeziehenden ‚machtpolitischen‘ Konflikts. Die Frage nach der Bedeutung der ‚ideologischen‘ Debatte innerhalb des Gesamtkonflikts, nach der richtigen Zuordnung und Einschätzung der ‚ideologischen‘ und ‚machtpolitischen‘ Faktoren soll schließlich in einem abschließenden Absatz aufgegriffen werden.

## I.

Da es für die hier vorgenommenen Überlegungen weder nötig noch möglich ist, die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und der VRCh im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte chronologisch genau abzuwickeln und in allen ihren historischen Nuancen auszuleuchten, kann sich die Darstellung der beiden Positionen weitgehend auf den locus classicus des Disputis – auf „die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ beziehen. Weitere Elemente, die erst in den Jahren nach der „Polemik“ in die Debatte einbezogen wurden, werden – sofern sie wesentliche neue Aspekte berühren – selbstverständlich berücksichtigt. Da die Angriffe hauptsächlich von chinesischer Seite vorgetragen wurden und in diesem Kontext zudem vornehmlich die chinesische Position interessiert, wird sich die Analyse vor allem auf sie konzentrieren. Allgemein ist zur „Polemik“ dreierlei zu bemerken:

1. Die Kritik der Chinesen richtet sich nicht gegen den „Sowjetkommunismus“ als solchen, sondern gegen revisionistische Phänomene, also Verfallserscheinungen, die erst unter Chruschtschew eingetreten waren – also gegen das, was im 9. Kommentar als „Pseudo-Kommunismus Chruschtschews“ angeprangert wird. Dabei wird – zum einen – der Verfallsprozeß analysiert (1. Kommentar) und rückwärts bis zu den Fehlern Stalins extrapoliert (wobei von Fehlentwicklungen, die schon unter Lenin eingesetzt haben, nicht die Rede ist und Lenin selbst von der Kritik ausgenommen wird). Zum anderen werden Parallelererscheinungen im jugoslawischen Kommunismus analysiert (vor allem im 3. Kommentar) – wobei sich die Kritik über Jugoslawien hinaus gegen die UdSSR richtet.

2. Die Kritik selbst wird auf zwei Ebenen geführt: auf der Ebene der Ideologie sowie – unter Anführung zahlreicher Zahlen und Zitate aus russischen Quellen – auf der Ebene konkreter Gesellschaftsanalyse. Auf die Verklammerung beider Ebenen wird noch später einzugehen sein. Grundlage der Kritik – und somit tertium comparationis – ist der Marxismus-Leninismus, der von beiden Seiten akzeptiert und herangezogen wird. Daher bilden weite Teile der Kritik detailliert aus den kommunistischen Klassikern herangezogene Textbelege, mit denen die eigene Position legitimiert werden soll.

3. In den chinesischen Angriffen wird zwar immer wieder die Behauptung aufgestellt, Chruschtschew habe seinen Revisionismus „zu einem abgeschlossenen System entwickelt“<sup>1</sup>. Gemeint ist damit allerdings weniger, daß er ihn ‚systematisch‘ entwickelt hat, als daß er versuchte, ihn ‚ideologisch‘ zu untermauern<sup>2</sup>. Daraus ergibt sich für die chinesischen Führer die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung auf dieser Ebene anzunehmen. Auch ihre Kritik ist freilich nicht ‚systema-

<sup>1</sup> Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Oberbaumverlag Berlin o. J.), (im folgenden abgekürzt Polemik), S. 455.

<sup>2</sup> Nicht zuletzt aus Platzgründen kann die folgende Analyse nur einige zentrale Aspekte berühren. Die Darstellung der sowjetischen Position aus chinesischer Sicht erscheint insofern gerechtfertigt, als es vor allem darum geht, das chinesische Verständnis des sowjetischen Revisionismus darzustellen. Eine hilfreiche systematische Analyse der beiden ideologischen Positionen gibt Oskar Weggel, Der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking, aus: Aus Politik und Zeitgeschichte (11. Juli 1970) Sonderdruck Nr. 16 des Instituts für Asienkunde, Hamburg.

tisch' aufgebaut, sondern folgt einer Logik, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Versucht man sie systematisch zu gliedern, so bezieht sie sich im wesentlichen auf zwei Komplexe:

1. auf die innenpolitischen Verhältnisse der UdSSR und die sie begründende und begleitende Theorie Chruschtschews und seiner Nachfolger;
2. auf die außenpolitische Theorie und Praxis der sowjetischen Politik und Chruschtschew, wobei unterschieden wird zwischen
  - der Haltung gegenüber den imperialistischen und kapitalistischen Nationen,
  - der Haltung gegenüber den Ländern der Dritten Welt und
  - der Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern.

Die chinesische Kritik an der inneren Entwicklung in der UdSSR bezieht sich auf die praktischen Ergebnisse der Politik Chruschtschews und die Mittel, mit denen er sie durchzusetzen suchte, ebenso wie auf die diese politische Praxis begleitende und leitende Theorie. Einige zentrale Punkte der chinesischen Kritik seien hier kurz aufgeführt:

Während die Entwicklung zum Kommunismus zu einer Beseitigung der Klassen führen muß, registrieren die chinesischen Beobachter in der UdSSR eine Beschleunigung der Klassendifferenzierung und die Errichtung eines Ausbeutungssystems. Statt allmählicher Überführung der Produktionsmittel in alleiniges Volkseigentum stellen sie einen genau entgegengesetzten Prozeß fest: nämlich die Umwandlung der volkseigenen in kapitalistische Unternehmen bzw. die Umkehr von der Kolchosen- zur Kulaken-Wirtschaft. Statt einer Steigerung des Sozialprodukts und der Verwirklichung des Prinzips ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘ diagnostizieren sie die Abwirtschaftung der sowjetischen Volkswirtschaft, Verarmung der Massen, begleitet von wachsendem Luxus für eine elitäre Minderheit<sup>3</sup>.

Der Degeneration der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse korrespondieren – nach chinesischer Auffassung – Verfallserscheinungen auf der geistigen und kulturellen Ebene der Sowjetunion: Die zur Entwicklung des Kommunismus notwendige Hebung des Bewußtseins der Bevölkerung sehen die Pekinger Beobachter durch das Eindringen bürgerlicher Ideologien blockiert, vornehmlich amerikanischer Observanz, die egoistisch-individualistische Haltungen ebenso fördern wie die Abwertung körperlicher Arbeit, die Rehabilitierung der Genußsucht und die Rückverwandlung aller zwischenmenschlichen Beziehungen in Geldbeziehungen. Daß es bei diesen Tendenzen nicht zum „Absterben“ des Staates kommt, sondern im Gegenteil zu seiner Verfestigung und zur wachsenden Diktatur über die Massen, ist somit eine fast notwendige Folge.

Die Diagnose der Unordnungsphänomene wird ergänzt durch eine Untersuchung ihrer Ursachen. Hauptursache der revisionistischen Entartung des sowjetischen Systems ist darnach die Aufgabe des Klassenkampfes und die Vernachlässigung der „Diktatur des Proletariats“ – nach chinesischer Sicht – die „grundlegende Garantie“<sup>4</sup> für die Festigung des Sozialismus. Gerade im Festhalten an

<sup>3</sup> Polemik, S. 513 ff.

<sup>4</sup> Polemik, S. 475. S. die Betonung dieses Aspekts in der neuen Verfassung der VRCh; s. Peter J. Opitz, China nach dem IV. Nationalen Volkskongreß, in: Chinas Weg in die Weltpolitik (= Politische Studien, Sonderheft 1/1975, S. 47–57).

diesem Prinzip während der Periode der sozialistischen Gesellschaft entscheidet sich insofern ihr Schicksal, als diese lediglich eine Übergangsphase von einer Klassen- in eine klassenlose Gesellschaft angesehen werden muß, die noch ganz von den „Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft“ befleckt und somit von langwierigen, alle Ebenen einschließenden Kämpfe zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat geprägt ist.

Die einzelnen Stufen des Verfalls führen die chinesischen Theoretiker an zwei aitiologischen Ketten vor, von denen die eine die ideologische Vernachlässigung des Klassenkampf-Prinzips sichtbar macht, während die andere den Degenerationsprozeß auf der politisch-sozialen Ebene beschreiben soll:

1. Ideologisches Abweichen von den „Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft“<sup>5</sup> konstatieren die chinesischen Kritiker schon in der Auffassung Stalins, daß es in der UdSSR, nach Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft, „keine antagonistischen Klassen mehr gibt“<sup>6</sup> und die Sowjetgesellschaft daher „frei von Konflikten zwischen den Klassen“<sup>7</sup> sei. Diese Sicht, verbunden mit der Annahme, die Hauptgefahr drohe dem sozialistischen System von seiten einer bewaffneten imperialistischen Aggression, habe in der Folge zu einer Vernachlässigung der inneren Widersprüche geführt, die Schaffung eines festen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen aber verhindert. Was bei Stalin aber noch als Irrtum gewertet wird, gilt bei Chruschtschew als revisionistische Absicht. Theoretische Grundlegung fand – chinesischer Ansicht nach – sein Verrat am Sozialismus in seinen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU verkündeten Lehren vom „Staat des ganzen Volkes“ und von der „Partei des ganzen Volkes“. Beide Lehren verstoßen nach chinesischer Auffassung in doppelter Hinsicht gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus: Zum einen dadurch, daß „Staat“ und „Partei“ Organe und Instrumente von Klassen sind, folglich nicht über Klassen stehen können; zum anderen dadurch, daß die Übergangsphase des Sozialismus – die ihrer Ansicht nach fünf bis zehn Generationen dauert – in ihrer Ganzheit durch die Diktatur des Proletariats geprägt sein muß, eine Vorstellung, der die Theorie Chruschtschews, daß die Diktatur „früher aufhört, notwendig zu sein, als der Staat abstirbt“<sup>8</sup> und von einem Stadium des „Volksstaats“ gefolgt wird, der als „Staatswesen der ersten Phase des Kommunismus“<sup>9</sup> in der Sowjetunion schon etabliert ist, in keiner Weise entspricht.

Die Absicht, die Chruschtschew mit dieser Lehre verfolgte, erschien seinen chinesischen Kritikern nur allzu durchsichtig: sie sollte verhüllen, daß er die proletarische Diktatur in der UdSSR beseitigt und ersetzt hat durch „eine Diktatur der revisionistischen Clique mit ihm selbst an der Spitze, nämlich die Diktatur der privilegierten Schicht der sowjetischen Bourgeoisie“<sup>10</sup>.

<sup>5</sup> Polemik, S. 478.

<sup>6</sup> Stalin, Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR, zit. in: Polemik, S. 478.

<sup>7</sup> Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), in Fragen des Leninismus, zit. in: Polemik, S. 478.

<sup>8</sup> „Programm für den Aufbau des Kommunismus“, redaktioneller Artikel der Prawda, 18. Aug. 1961, zit. in: Polemik, S. 497.

<sup>9</sup> „Von der Partei der Arbeiterklasse zur Partei des ganzen Sowjetvolkes“, redaktioneller Artikel der Zeitschrift Partijnaja Shisn (Moskau), Nr. 8, 1964, zit. in: Polemik, S. 500.

<sup>10</sup> Polemik, S. 503.

Den Prozeß, in dem sich diese „revisionistische Clique“ — zusammengesetzt „aus Entarteten in den Reihen der führenden Funktionäre der Parteiorganisationen, Staatsinstitutionen, Betriebe, Kolchose und Sowjose, sowie aus bürgerlichen Intellektuellen“<sup>11</sup> — kristallisierte, beschreibt die zweite aitiologische Kette:

Ihre Anfangsglieder entdeckt die chinesische Analyse schon gleich in der Zeit nach der Oktober-Revolution in den damals noch unvermeidbaren Zugeständnissen an die Bourgeoisie und ihre Ideologie, vor allem auf dem Gebiet des Lohnsystems. Lenin hatte zwar selbst „die Einführung höherer Gehaltsstufen für die von der Sowjetmacht im Amte belassenen bürgerlichen technischen Spezialisten“ konzediert, jedoch gleichzeitig ihren „demokratisierenden Einfluß“ auf das Sowjetsystem betont und darauf hingewiesen, daß „in der Lohnpolitik an den Grundsätzen der Pariser Kommune festgehalten werden müsse, nach denen alle öffentlichen Angestellten ein Gehalt beziehen sollen, das dem Lohn der Arbeiter entspricht“<sup>12</sup>.

Diese Problematik war auch unter Stalin nicht gelöst, sondern sogar noch weiter verschärft worden: „Es ist unbestreitbar, daß schon vor dem Tode Stalins ein Lohnsystem mit hohen Gehältern für eine gewisse Gruppe von Personen eingeführt und ein Teil der Partei- und Staatsfunktionäre zu bürgerlichen Elementen entartet war“<sup>13</sup>, die ihre eigenen Interessen über die der Gesellschaft stellten. Während jedoch Stalin — ebenso wie Lenin — noch vom Vorwurf des revisionistischen Verrats verschont bleibt, ja sogar ausdrücklich seine Treue gegenüber dem Sowjetsystem bestätigt wird, trifft Chruschtschew kompromißlose Kritik. Seinen Richtlinien wird vorgeworfen, „nur den Interessen der Bourgeoisie“<sup>14</sup> gedient und das Wachstum der kapitalistischen Kräfte in der UdSSR beschleunigt zu haben — etwa durch die Einführung des „materiellen Interesses“, durch die Förderung kapitalistischer Profit- und Konkurrenzgesetze, durch die Denunzierung des landwirtschaftlichen Planungssystems, die Propagierung bürgerlicher Ideologien und Paktieren mit den amerikanischen Imperialisten unter dem Aushängeschild der „friedlichen Koexistenz“<sup>15</sup>.

Der Hinweis auf das Anwachsen der kapitalistischen Kräfte und der Vorwurf der Kollaboration mit den amerikanischen Imperialisten deuten schon in die Richtung, in die sich die sowjetische Gesellschaft nach leninistischer Auffassung hin entwickeln bzw. „hinüberwachsen“ muß: in die des Imperialismus. Bezeichnenderweise ist genau dies auch der Vorwurf, der Breschnew einige Jahre später von den Chinesen gemacht wird. So heißt es in dem Gedächtnis-Artikel zum 100. To-

<sup>11</sup> Polemik, S. 487.

<sup>12</sup> Polemik, S. 488. Zur Weiterentwicklung dieser Problematik im post-kulturrevolutionären China s. Weggel, Oskar, Die neue Kampagne „zur Festigung der Diktatur des Proletariats“, in: China aktuell, April 1975, S. 171–181.

<sup>13</sup> Polemik, S. 489; Die ausführliche Kritik Maos an Stalin, vor allem an dessen Wirtschaftspolitik, die sich in den kürzlich zugänglich gewordenen Reden und Schriften Maos findet — Mao Tse-tung ssu-hsiang wan-sui 1967–1969 —, wurde hier nicht berücksichtigt. Siehe auch Helmut Martin (Hrsg.): Mao Tse-tung's Notizen zum sowjetischen Lehrbuch Politische Ökonomie, Hamburg 1975, sowie Richard Levy, New Light on Mao 2. His views on the Soviet Union's Political Economy, The China Quarterly, Nr. 61, March 1975, S. 95–117 (im folgenden CQ).

<sup>14</sup> Polemik, S. 489.

<sup>15</sup> Polemik, S. 490.

destag Lenins „Leninismus oder Sozialimperialismus?“ – genau zehn Jahre nach den ersten öffentlichen Angriffen auf Chruschtschew: „Breschnew war ein Komplize Chruschtschews bei diesem konterrevolutionären Staatsstreich, und später trat er an die Stelle Chruschtschews. Sein Machtantritt bedeutet dem Wesen nach eine Fortsetzung des konterrevolutionären Staatsstreichs Chruschtschews. Breschnew ist eben Chruschtschew II . . . Er treibt blindwütig Chruschtschewschen Revisionismus, hat ihn weiterentwickelt und ist dabei, die Evolution von der Restauration des Kapitalismus zum Sozialimperialismus, eine Evolution, die schon in der Regierungsepoche Chruschtschews begonnen hat, zu vollenden.“<sup>16</sup>

Wie in den Angriffen auf Breschnew schon angedeutet, beschränkte sich der Vertrat Chruschtschews – nach chinesischer Auffassung – nicht auf die Innenpolitik, sondern fand seine logische Entsprechung im außenpolitischen Bereich. Denn ebenso wie Chruschtschew versucht hatte, den Klassenkampf innerhalb der sozialistischen Gesellschaft abzubauen, war er gleichermaßen bemüht, auch den Klassenkampf auf internationaler Ebene zu ersticken und durch „Klassenzusammenarbeit zu ersetzen“<sup>17</sup>. Hatte er die nationale Politik unter die „Theorie des Staates des ganzen Volkes“ gestellt, so erfüllte für den internationalen Bereich der Slogan von der „friedlichen Koexistenz“ die gleiche Funktion. Die Erhebung der „friedlichen Koexistenz“ zur „Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten des sozialistischen Lagers“<sup>18</sup> enthüllte sich folglich auch den chinesischen Kritikern als der grundlegende Verstoß der sowjetischen Führer gegen die Prinzipien sozialistischer Außenpolitik. War die ideologische Unvereinbarkeit der Theorie vom Staat und der Partei „des ganzen Volkes“ mit der marxistisch-leninistischen Lehre schon vom Begriff her relativ leicht deutlich zu machen, so fiel der Nachweis revisionistischer Verfälschung auf außenpolitischem Gebiet schwerer. Denn der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ entstammte – wie die Chinesen zugaben – durchaus dem Vokabular Lenins; nur hatte er bei Lenin, wie sie eilig darauf hinwiesen, einen anderen Stellenwert besessen. Er war von ihm „nur auf die Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung“ bezogen worden und diente vorwiegend dem Zwecke, eine „friedliche internationale Umwelt für den sozialistischen Aufbau“<sup>19</sup> zu schaffen und imperialistische Aggressionen vor der Weltöffentlichkeit zu isolieren. Selbst in dieser eingeschränkten Verwendung hielten die chinesischen Interpreten „Kämpfe auf politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet zwischen den sozialistischen und imperialistischen Staaten für unvermeidlich, und eine ‚allseitige Zusammenarbeit‘ (ist) absolut unmöglich“<sup>20</sup>.

Die sowjetischen Politiker hatten ihre Kernthese von der Vermeidbarkeit des Krieges und der Möglichkeit einer umfassenden Politik der „friedlichen Koexistenz“ im wesentlichen auf drei Argumente gestützt: 1. auf die Überzeugung, daß die Entwicklung der Raketen und Atomwaffen in der Mitte des 20. Jahrhunderts die

<sup>16</sup> Leninismus oder Sozialimperialismus? Zum 100. Geburtstag des großen Lenin, in: Peking Rundschau Nr. 17, 28. April 1970, S. 7–8 (im folgenden PR).

<sup>17</sup> Polemik, S. 326.

<sup>18</sup> N. S. Chruschtschew, Rede bei dem Empfang der Botschaft der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik in der Sowjetunion am 5. Juli 1961, zit. in: Polemik, S. 305.

<sup>19</sup> Polemik, S. 35–36.

<sup>20</sup> Polemik, S. 36.

früher gültigen Vorstellungen vom Krieg verändert habe und daher die Verhütung einer thermo-nuklearen Weltkatastrophe erstrangige Aufgabe kommunistischer Politik sei<sup>21</sup>; 2. auf die Annahme, daß auch die westlichen Politiker klug genug seien, dies einzusehen und damit die Politik der „friedlichen Koexistenz“ zu akzeptieren; und 3. auf die Vorstellung, daß aufgrund dieser allgemeinen Situation die Politik der „friedlichen Koexistenz“ Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus und der Völker sei.

Alle drei Argumente wurden von ihren chinesischen Kritikern gekontert. Diese bezichtigten – zum ersten – die Russen der Aufstellung einer falschen Alternative, wenn diese, unter Hintanstellung der Vielzahl bestehender Konflikte und Widersprüche, ihre ganze Politik auf die Gefahr eines Atomkrieges ausrichteten. Zugleich beteuerten sie freilich, daß sozialistische Staaten atomare Waffen nur defensiv anwenden dürften. Zweitens belehrten sie ihre kommunistischen confrères darüber, daß „Vernunft“ immer klassengebunden sei und die Vernunft der amerikanischen Politiker folglich darin bestehe, „in Übereinstimmung mit den Grundinteressen der USA-Monopolbourgeoisie zu handeln, sie ist also imperialistische Vernunft“<sup>22</sup>. Die Sowjets hatten ihre dritte These – von der „friedlichen Koexistenz“ als Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus – nicht kompakt vorgelegt, sondern in Teiltheorien aufgeschlüsselt, auf die die Chinesen ebenso differenziert eingingen. Vor allem an zwei Theoremen schieden sich die Geister: an der Theorie des „friedlichen Übergangs“ vom Kapitalismus zum Sozialismus und an der Theorie vom „Verschwinden des Kolonialismus“:

Chruschtschew hatte in seinem Bericht an das ZK der KPdSU auf dem XX. Parteitag am 14. 2. 1956 die Überzeugung geäußert, daß in den kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse, im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft, in der Lage sei, über ihre Gegner die Oberhand zu gewinnen und eine „stabile Mehrheit im Parlament“<sup>23</sup> zu erlangen. Er hatte ferner behauptet, daß die Erringung einer solchen parlamentarischen Mehrheit „für die Arbeiterklasse einer Reihe kapitalistischer und ehemaliger Kolonialländer Voraussetzungen schaffen würde, die grundlegende soziale Umgestaltungen ermöglichen“<sup>24</sup>.

Prinzipiell stimmten die chinesischen Theoretiker zu, daß Kommunisten natürlich „immer den Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vorziehen“. Sie gaben jedoch dagegen zu bedenken, daß diese Bereitschaft mit der Erfahrung zu versöhnen sei, daß herrschende Klassen ihre Macht nicht freiwillig abtreten und daß es in der Weltgeschichte „kein einziges Beispiel für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“<sup>25</sup> gebe. Daraus ergab sich für sie die Folgerung, daß eine proletarische Partei ihre Politik niemals einseitig auf der Annahme aufbauen dürfte, ihre Gegner würden eine „friedliche Umgestaltung“<sup>26</sup> akzeptieren. Eine solche Politik sei nicht nur falsch, sondern zudem gefährlich, da sie den

<sup>21</sup> S. dazu „Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion“ vom 14. Juli 1963, in: Polemik, S. 588–658.

<sup>22</sup> Polemik, S. 257–258.

<sup>23</sup> N. S. Chruschtschew, Bericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, 14. Februar 1956, in: Polemik, S. 404.

<sup>24</sup> ebd., in: Polemik, S. 405.

<sup>25</sup> Polemik, S. 22.

<sup>26</sup> Polemik, S. 23.

revolutionären Willen des Proletariats unterminiere, dieses zudem ideologisch entwaffne und überdies die revolutionären Züge der kommunistischen Parteien verwischen würde. Selbst wenn die äußerst unwahrscheinliche Möglichkeit einer Machtübernahme auf parlamentarischem Wege einmal eintreten würde, wäre diese Macht so lange in Gefahr, wie die „militärische und bürokratische Staatsmaschinerie der Bourgeoisie“ noch bestehe, da von dieser jederzeit Wahlen für „ungültig erklärt, die kommunistische Partei verboten, das Parlament aufgelöst werden“ könnte<sup>27</sup>. Grundsatz, dem die Koexistenz-Politik zuwiderlief, blieb für sie: „Die gewaltsame Revolution ist ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution. Es gehört zu den wichtigsten Leitsätzen des Marxismus-Leninismus. Und gerade in dieser wichtigen Frage hat Chruschtschew den Marxismus-Leninismus verraten.“<sup>28</sup>

Wie bei der von China inkriminierten These des „friedlichen Übergangs“, so liegt auch hinsichtlich der sowjetischen Theorie vom „Verschwinden des Kolonialismus“ eine unterschiedliche Einschätzung der Weltsituation zugrunde. Während sich – nach chinesischer Auffassung – in den Gebieten der Dritten Welt „die verschiedenen Arten von Widersprüchen konzentrieren“, so daß dort die „wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution“ entstanden sind und „die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten“<sup>29</sup> entschieden wird, aktive Unterstützung dieser Völker also das Gebot der Stunde und des „proletarischen Internationalismus“ sei, sahen die Sowjets die Situation anders und folgten folglich auch einer anderen Strategie. Statt die nationalen Befreiungsorganisationen und die jungen Regierungen jener Staaten tatkräftig zu unterstützen, um auf diese Weise den Imperialismus zu schwächen und die Weltrevolution voranzubringen, verharmlosten sie – so die chinesische Kritik – die Lage, sprechen davon, daß sich der Kolonialismus bereits in seiner „Endphase“<sup>30</sup> befinde und der Schwerpunkt der Arbeit der Befreiungsorganisationen damit vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet verlagert werden müsse.

Abgesehen davon, daß aus chinesischer Sicht von einem bevorstehenden Zusammenbruch des Imperialismus nicht die Rede sein kann, daß dieser vielmehr in immer neuen Formen gedeihe und kaum durch „friedliche Koexistenz“ oder über die von ihm kontrollierte UNO beseitigt werden könne, konzentriert sich die chinesische Kritik auf zwei Punkte: auf den Vorwurf, die UdSSR betreibe die Unterordnung der nationalen Revolutionen in der Dritten Welt „unter die nationalen Interessen ihres eigenen Staates“<sup>31</sup>, und auf die Anschuldigung, die wirtschaftliche Hilfe an die jungen Staaten häufig aus national-egoistischen Motiven – nämlich zur Schaffung eigener Einflußsphären – zu geben. Der hier erst angedeutete, in den folgenden Jahren jedoch immer stärker betonte Vorwurf der Ausplünderung der Dritten Welt durch ungleiche Handelsverträge, den Export von Kriegsmaterial und Kapital sowie die Bezeichnung der Einmischung in deren innere Angelegen-

<sup>27</sup> Polemik, S. 121.

<sup>28</sup> Polemik, S. 412; s. auch S. 409 und S. 447.

<sup>29</sup> Polemik, S. 225–226.

<sup>30</sup> N. S. Chruschtschew, Referat „Über das Programm der KPdSU“, gehalten auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961, zit. in: Polemik, S. 211.

<sup>31</sup> Polemik, S. 232.

heiten weist eindeutig die Richtung, in die diese Kritik zielt: den imperialistischen Charakter der sowjetischen Außenpolitik freizulegen.

Auf diesen Punkt konzentriert sich auch die chinesische Kritik hinsichtlich der sowjetischen Politik gegenüber sozialistischen Staaten. Obwohl auch dieser Komplex schon in der „Polemik“ angeschnitten und Chruschtschew die Unterdrückung sozialistischer Staaten angelastet wird, erfährt dieser Punkt erst in den Auseinandersetzungen mit Breschnew volle Beachtung. Dabei lassen sich vornehmlich vier sowjetische „Theorien“ identifizieren, an denen die chinesische Kritik ansetzt: die Theorie der „begrenzten Souveränität“, derzufolge die Souveränität der einzelnen sozialistischen Staaten den „Interessen des Sozialismus“ untergeordnet ist. Ebenso wie die Theorie von der „internationalen Diktatur“, die militärische Hilfeleistung an einen sozialistischen Staat zur Verteidigung des sozialistischen Systems legitimiert und die Theorie von der „sozialistischen Gemeinschaft“, die als „untrennbares Ganzes“<sup>32</sup> gesehen und als solches gestützt werden müsse, widerspricht – nach chinesischer Ansicht – auch die Theorie der „begrenzten Souveränität“ allen Prinzipien des proletarischen Internationalismus und dient lediglich der Rechtfertigung von Aktionen zur Sicherung des „russischen Kolonialimperiums“.

Einen strukturellen Imperialismus<sup>33</sup> wirtschaftlicher Art, der zwar nicht auf die sozialistischen Staaten beschränkt ist, diese aber besonders trifft, wird nach chinesischer Auffassung – in ideologischer wie in praktischer Hinsicht – durch die sowjetische Theorie von der „internationalen Arbeitsteilung“ begründet. Auch ihr Zweck ist eindeutig und entspricht vollkommen den von Lenin analysierten Gesetzmäßigkeiten imperialistischer Entwicklung: Anpassung der anderen Volkswirtschaften an die eigene Ökonomie, Schaffung von Rohstoffquellen, untergeordneten Zulieferindustrien und Absatzmärkten.

Versucht man die chinesischen Vorwürfe hinsichtlich der sowjetischen Außenpolitik zusammenzufassen und auf ein letztes Motiv zu reduzieren, so endet man in der Regel bei der Behauptung, die sowjetischen Führer hätten den alten Traum und die Tradition der Romanoffs vom „slawischen Imperium“ nicht nur „völlig übernommen“, sondern „zudem viel größere Aggressionsambitionen“<sup>34</sup> entwickelt und seien dabei, mit den USA ein Kondominium über die Welt anzustreben. Oder wie es schon in der „Polemik“ heißt: „Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA zur Beherrschung der Welt, das ist der Kern der von der Führung der KPdSU verfolgten Generallinie der ‚friedlichen Koexistenz‘.“<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Polemik, S. 11.

<sup>33</sup> S. dazu Johan Galtung, Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Dieter Senghaas (Hg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt a. M. 1972. Galtung hat freilich zu Recht darauf hingewiesen, daß sich das Schema des strukturellen Imperialismus nur bedingt auf die Struktur der Beziehungen zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Staaten übertragen läßt.

<sup>34</sup> Polemik, S. 52.

<sup>35</sup> Polemik, S. 327.

## II.

Im Januar 1957 hielt Mao Tse-tung vor einer Konferenz von Provinz- und Stadtsekretären eine Rede, in der er à propos des Suez-Konflikts in einigen Sätzen auf die internationale Lage zu sprechen kam und auch kurz die Situation im sozialistischen Lager streifte. Zwar enthielten seine Ausführungen keine neuen Einsichten – in ihrem Schlaglicht werden jedoch, rückblickend, einige Konturen der sich in dieser Zeit entwickelnden Konfliktsituation zwischen Moskau und Peking sichtbar. Während Mao mit Blick auf die außenpolitische Lage die Widersprüche innerhalb des „Imperialismus“ hervorhob, die gerade erst durch die anglo-amerikanische Kontroverse über das Suez-Problem spektakulär geworden waren, notierte er im Innern des „sozialistischen Lagers“ ‚Konservatismus‘ und ‚Rechtsopportunismus‘ sowie eine Klassenstruktur, deren Beseitigung selbst bei Auslösung eines größeren „Kampfes“ seiner Ansicht nach noch eine „sehr lange Zeit“ benötigte. Und nun folgten einige interessante Sätze: „Die sowjetischen Genossen möchten nicht allzu nahe mit diesem Problem konfrontiert werden. Die Widersprüche innerhalb des Imperialismus, der sich um die Kolonien reißt, sind groß; ihre Widersprüche auszunutzen, in dieser Richtung gibt es noch Erhebliches zu unternehmen. Das ist eine strategische Richtlinie.“<sup>36</sup>

Wie immer man die innenpolitischen Passagen der Rede auch interpretiert (die einen Monat später Maos Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke“ noch deutlicher zum Ausdruck bringen sollte) – die Entschlossenheit zu einer offensiveren Außenpolitik gegenüber dem „kapitalistischen Lager“ ist kaum zu übersehen. Diese Entschlossenheit wurde durch die sowjetischen Erfolge beim Start des Sputniks und beim Test von Interkontinental-Raketen, die ein militärstrategisches Gleichgewicht der beiden Supermächte schufen, noch verstärkt. Hatte Mao im April 1946 im Gespräch mit Anna Luise Strong die amerikanische Atombombe noch verächtlich als einen „Papiertiger“ abgetan, der lediglich der Einschüchterung diene<sup>37</sup>, so schätzte er nach dem atomaren Patt selbst diese Funktion nicht mehr sonderlich hoch ein und wiederholte am 18. November 1957 in seiner Moskauer Rede seine Ansicht, daß die Imperialisten und alle Reaktionäre lediglich Papiertiger seien<sup>38</sup>. Was konnte also schon passieren, wenn man sie reizte? Daß sie einen Weltkrieg auslösen würden, hielt Mao für unwahrscheinlich, da sich der Westen – seiner Ansicht nach – noch mehr vor dem Krieg fürchtete als der Osten<sup>39</sup>. Gab es aber Krieg und eskalierte er zu einer atomaren Auseinandersetzung, so war das zwar „fürchterlich“, letztlich aber doch nicht das Ende. Denn nicht nur würde, wie Mao versicherte, der Kosmos weiterbestehen – als Sieger würde aus einer solchen Katastrophe der Sozialismus hervorgehen.

Zweifellos spiegelte Maos relative Geringschätzung eines atomaren Krieges seine optimistische Einschätzung der Zukunft des Sozialismus im allgemeinen wider. Darüber hinaus mochte seine Unbekümmertheit aber auch das Resultat von Überlegungen hinsichtlich der Konsequenzen sein, die sich aus einem solchen Krieg

<sup>36</sup> Zit. nach: Mao intern. Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Mao Tse-tungs 1949–1971, hrsg. von Helmut Martin, München 1974, S. 29.

<sup>37</sup> Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. 4, Peking 1969, S. 101.

<sup>38</sup> Peking Review, No. 31, 11. Nov. 1958.

<sup>39</sup> S. dazu: Mao intern, S. 55 und S. 59.

zwischen der UdSSR und den USA für China ergaben. Auf dem Berge sitzen und warten, während die Elefanten kämpfen, war eine Devise, die er schon in den früheren Jahren wiederholt ausgesprochen und ausgegeben hatte. Selbst wenn er sie jetzt nicht offen wiederholte, war evident, daß China, trotz eigener Verluste, von einer gegenseitigen atomaren Vernichtung der ‚Elefanten‘ USA und UdSSR nicht unerheblich profitieren würde. Wenig deutet allerdings darauf hin, daß Mao eine solche Entwicklung im nationalen Interesse Chinas herbeiwünschte oder gar durch seine eigene Politik aktiv anstrebte. Sein Glaube an eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung erscheint ebenso echt wie seine Bereitschaft, dieses Ziel durch die vereinten Anstrengungen des sozialistischen Lagers zu erkämpfen. Allerdings stellte ein erster Schritt dafür die Durchsetzung einer solchen Ordnung im sozialistischen Lager selbst dar. In diesem aber war der Abbau der traditionellen sowjetischen Hegemonie (nicht zuletzt durch den Tod Stalins) ebenso notwendig geworden wie die Gewährung größerer nationaler Eigenständigkeit. „Umstände sind stärker als die Menschen“, meditierte Mao im Januar 1957 auf der Sekretärs-Konferenz, um dann fortzufahren: „die Umstände erzwingen von den sowjetischen Genossen einfach schrittweise Veränderungen. In der alten Weise weiter die Herrschaft auszuüben, geht weder im Landesinnern noch im Ausland mehr“<sup>40</sup>.

Beide Bestrebungen Maos – nach einer aggressiveren Außenpolitik des sozialistischen Lagers und nach Gewährung von mehr Eigenständigkeit innerhalb dieses Lagers – kollidierten direkt mit dem neuen Kurs, den Chruschtschew auf dem XX. Parteitag eingeschlagen hatte. Man mag darüber diskutieren, an welcher der beiden Positionen sich der Konflikt zwischen den russischen und chinesischen Führern entzündete und welche für wen das größere Gewicht besaß. Da beide, wie sich zeigen wird, eng miteinander verflochten sind, wäre ein Disput darüber jedoch unergiebig. Auch für Chruschtschews Politik war die Herstellung des atomaren Gleichgewichts ein Faktum von zentraler Bedeutung. Während Mao jedoch dieses Gleichgewicht als Grundlage für eine offensive Politik benutzen wollte, betrachtete es Chruschtschew eher als Voraussetzung und Basis für eine begrenzte Entspannung. Allerdings brachte auch das atomare Patt keine vollständige Sicherheitsgarantie. Zwar war das Risiko eines atomaren Angriffs auf die UdSSR nach der Entwicklung des sowjetischen Träger- und Atompotentials erheblich gesunken; es bestand jedoch noch immer die Gefahr, daß Konflikte mit dem Westen in einen Atomkrieg eskalierten, der auch für die UdSSR tödlich sein konnte. Eine Verringerung auch dieses Risikos war somit notwendig – und erreichbar auf der Basis eines friedlichen Interessenausgleichs auf der Basis des Status quo, der nach der Integration Westdeutschlands und Japans in das westliche Verteidigungssystem ohnehin vorerst ohne Gewalt nicht verändert werden konnte.

Zu entwickeln war somit eine Politik, die ein friedliches Nebeneinander von West und Ost strategisch sicherte und ideologisch legitimierte. Wie schwer eine solche Strategie mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Einklang zu bringen war, zeigten bald die chinesischen Angriffe auf das Konzept der „friedlichen Koexistenz“, in dem Chruschtschew die ideologische Grundlage für seine Entspannungspolitik gefunden zu haben glaubte. Allerdings waren auch die beiden Thesen, mit

<sup>40</sup> Zit. nach: Mao intern, S. 31.

denen er jenes Konzept abstützte — 1. daß Kriege im thermo-nuklearen Zeitalter eine gänzlich neue Qualität erhalten hatten und unter (fast) allen Umständen verhindert werden müßten; und 2. daß sich der Sozialismus auch auf friedlichem Wege gegen den Kapitalismus durchsetzen werde —, nur schwer zu widerlegen. Zumindest war keine von beiden anhand der Praxis zu verifizieren oder zu falsifizieren: weder die Überlebenschancen des Sozialismus nach einem Atomkrieg noch seine Siegeschancen durch eine Politik des friedlichen Wettbewerbs der Systeme. Zweifellos war zutreffend: sofern ein Sieg des Sozialismus auch unter Vermeidung offener Gewalt möglich war, war es unsinnig, sich dem Risiko eines selbstmörderischen Weltkriegs auszusetzen und nur folgerichtig, das Entstehen von Situationen, in denen er sich entzünden konnte, durch geeignete Strategien zu vermeiden. Genau dies tat Chruschtschew

1. mit seiner Absage an gewaltsame Revolutionen durch die kommunistischen Parteien westlicher Länder und mit seinem Glauben an die Möglichkeit eines „friedlichen Übergangs“, der sie auf parlamentarischem Wege an die Macht brachte;
2. mit seiner Absage an gewaltsame Auseinandersetzungen in den Ländern der Dritten Welt und seiner „Theorie vom Verschwinden des Kolonialismus“, die es ihm erlaubte, den Schwerpunkt der Politik auf den wirtschaftlichen Bereich zu verlagern;
3. mit seiner Absage an einen Krieg zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern und seiner Theorie des friedlichen Wettbewerbs.

Es gab jedoch noch einen anderen gewichtigen Grund, der für eine Politik der Entspannung gegenüber dem Westen sprach: Krisensymptome innerhalb des sozialistischen Lagers. Während die Aufstände in Ungarn und Polen auf Desintegrationstendenzen hindeuteten, signalisierte der miserable Zustand der sowjetischen Wirtschaft und das Drängen der Bevölkerung auf eine Verbesserung des Lebensstandards und eine Erweiterung des Freiheitsspielraums, daß innenpolitische Korrekturen notwendig waren, sollte nicht das Regime Stalins fortgesetzt werden. Beide Aufgaben — stärkere Kontrolle der Satelliten und Konzentration auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der eigenen Bevölkerung — verlangten jedoch Entspannung an der ‚West-Front‘. Daß eine solche Entspannung zudem den Wirtschaftsbeziehungen mit der westlichen Welt zugute kommen würde, die wiederum zur Verbesserung der Wirtschaftslage und damit zur Entlastung vom innenpolitischen Druck beitragen mußten, war eine nicht ganz unbegründete Hoffnung der sowjetischen Führer.

Wesentlicher Bestandteil des Problems, das sich aus den wachsenden Emanzipationsbestrebungen im sozialistischen Lager ergab, war das chinesische Drängen nach mehr nationaler Gleichberechtigung und ideologischer Eigenständigkeit. Denn während die europäischen Satelliten nur geringe Möglichkeiten besaßen, sich aus eigener Kraft dem sowjetischen Machtbereich zu entziehen, war China schon aufgrund seiner Größe durchaus dazu in der Lage. Abgesehen von der Fähigkeit der chinesischen Führer, ihr Land langfristig zu einem der UdSSR gleichwertigen Machtzentrum aufzubauen, waren sie — aufgrund des eigenständigen Charakters ihrer Revolution — zudem imstande, eine Alternative zum sowjetischen Modell des sozialistischen Aufbaus zu bieten. Und gerade dieses Bestreben begann sich zu

Beginn der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre abzuzeichnen, als Mao Tse-tung deutlich vom sowjetischen Modell abrückte und mit seiner Rede „Über die zehn Großen Beziehungen“ einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen begann<sup>41</sup>. Daß ein solcher eigener Weg – erwies er sich als erfolgreich – den Einfluß Peking auf die Staaten der Dritten Welt stärken mußte, war evident; einen Vorgeschmack davon hatte schon die Konferenz von Bandung geliefert<sup>42</sup>. Daß aber die Macht eines gestärkten Chinas nicht auf Asien beschränkt bleiben, sondern auch in Osteuropa spürbar sein würde, hatte sich schon bei den Unruhen in Polen und Ungarn gezeigt<sup>43</sup>. Ebenso war zu erwarten, daß sich der chinesische Druck hinsichtlich der Rückgabe der ehemals an Rußland verlorenen Gebiete mit der Zunahme ihres Einflusses intensivieren würde: Schon 1950 hatte Mao in seinen Gesprächen mit Stalin diesbezügliche Forderungen angemeldet, 1954 waren sie Chruschtschew und Bulganin bei ihrem Besuch in China erneut präsentiert worden<sup>44</sup>. Ihre Weigerung, darüber auch nur zu sprechen, und das chinesische Insistieren auf einer befriedigenden Lösung markierte kaum zu vereinbarende Positionen und damit den Brennpunkt eines zukünftigen Konflikts.

Die territoriale Integrität Chinas wurde freilich nicht nur durch die Weigerung der sowjetischen Führer zu Verhandlungen über die strittigen Grenzen berührt, sondern auch – und in einem sehr vitalen Punkt – durch den neuen sowjetischen Koexistenz-Kurs. Denn wenn diese neue Politik die nationale Sicherheit der Volksrepublik China auch nicht gefährdete, so beeinträchtigte sie – wie die sowjetische Haltung 1958 während der sogenannten Quemoy-Matsu-Krise zeigen sollte – doch die Bereitschaft Moskaus, eine gewaltsame Rückgewinnung Taiwans zu decken<sup>45</sup>. Die guten Beziehungen zum Westen hatten Priorität, auch wenn die guten Beziehungen zu den sozialistischen Bruderstaaten darunter litten. Vielleicht hätte Peking den neuen außenpolitischen Kurs dennoch akzeptiert, wenn sich die Entspannung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auch auf das chinesisch-amerikanische Verhältnis positiv ausgewirkt hätte. Doch obwohl die chinesischen Verhandlungspartner bei den Botschaftergesprächen 1955–57 in Genf ein hohes Maß an Kompromißbereitschaft zeigten, gab die starre Haltung der USA zu solchen Hoffnungen keinen Anlaß<sup>46</sup>. Bei Fortsetzung der containment-Politik gegenüber China und der aktiven Unterstützung eines Regimes auf Taiwan, das nur auf

<sup>41</sup> So Mao selbst in seiner Chengtu-Rede, s. Mao Tse-tung *Unrehearsed. Talks and Letters: 1956–71*, ed. and introd. by Stuart Schram (Penguin), 1974, S. 110; der Text der Rede über die „Zehn Großen Beziehungen“ findet sich ebenfalls in: Mao Tse-tung *Unrehearsed*, S. 61–83.

<sup>42</sup> An dieser Konferenz, der Vorläufer aller späten afro-asiatischen Konferenzen, hatte die Sowjetunion nicht teilnehmen können, da sie, so die Teilnehmer, kein „asiatischer“ Staat sei. Zum Ablauf der Konferenz s. Wirsing, G.: *Die Konferenz von Bandung. OSTEUROPA*, 1955, Nr. 5, S. 330 f.

<sup>43</sup> S. dazu Fabritzek, U. G.: *Die außenpolitische Praxis gegenüber Ost- und Westeuropa. In: Die Außenpolitik Chinas. Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland*. München 1975, S. 258–259.

<sup>44</sup> So Mao Tse-tung in einem Interview am 10. 7. 1964 gegenüber einer Delegation der Japanischen Sozialistischen Partei. Text in Doolin, Dennis J.: *Territorial Claims in the Sino-Soviet Conflict. Documents and Analysis*. Stanford 1965, S. 42–44.

<sup>45</sup> S. dazu Zagoria, Donald S.: *Der chinesisch-sowjetische Konflikt 1956 bis 1961*. München 1964, S. 227 f.

<sup>46</sup> Zu diesen Gesprächen s. Young, Kenneth T.: *Negotiating with the Chinese Communists. The United States Experience, 1953–1967*. New York 1968.

einen günstigen Zeitpunkt für eine gewaltsame Rückeroberung des Festlandes wartete, mußte sich die chinesische Position noch weiter verschlechtern und die Abhängigkeit von der UdSSR zunehmen.

Obwohl sich somit deutliche Nachteile identifizieren lassen, die sich aus der sowjetischen Entspannungspolitik für China ergaben, wäre es unzulässig, in ihnen die einzigen oder auch nur die hauptsächlichen Ursachen zu sehen, die dem chinesischen Widerstand zugrunde lagen. Vielmehr ist es durchaus vorstellbar, daß in den Augen Maos jene Nachteile schwerer wogen, die die Entspannungspolitik langfristig für die Weltrevolution hatte. Denn sofern Mao wirklich davon überzeugt war, daß sich der „Imperialismus“ inzwischen in der Defensive befand und vor allem an seiner schwächsten Stelle – in den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas – weiter geschwächt werden konnte, sofern die sozialistischen Staaten, bei weitgehender Ausreizung des atomaren Patts, den Ländern jener „Sturmzentren“ moralische und materielle Hilfe leisteten, so war es in der Tat der „Mangel an revolutionärem und machtpolitischem Veränderungswillen Moskaus, an anderen als an den europäischen Fronten“<sup>47</sup>, der die beiden großen kommunistischen Staaten schließlich auseinanderbrachte.

Während es nicht möglich ist – und auch kaum jemals möglich sein wird –, die wirkliche Haltung Maos in dieser Frage festzustellen, ist ein solcher Mangel Moskaus an revolutionärem Veränderungswillen in der damaligen Situation durchaus erkennbar. Schon 1954 bei der Nichtdurchführung der Wahlen in Vietnam und dem wachsenden Engagement der USA in Laos hatten sich die sowjetischen Führer gegen gewaltsame Gegenmaßnahmen ausgesprochen, und auch im algerischen Befreiungskrieg agierte Moskau eher zurückhaltend<sup>48</sup>. Noch deutlicher wurde diese Haltung Chruschtschews in der internationalen Nahostkrise im Sommer 1958<sup>49</sup> und in seinem Verhalten während der bald darauffolgenden Quemoy-Krise. In den beiden Fällen zeigte er unmißverständlich, daß er nicht an einer militärischen Konfrontation mit den Westmächten interessiert war, sondern willens, die Probleme auf dem Verhandlungswege zu lösen.

Einen weiteren Beweis für seinen Wunsch nach Ausgleich mit den USA – zugleich aber auch für seine Bereitwilligkeit, dafür mit den Interessen anderer sozialistischer Länder zu bezahlen – lieferte Chruschtschew ein Jahr später, im Herbst 1959, als er sich gegen die Weitergabe atomarer Geheimnisse an China aussprach und damit gegen das erst im Oktober 1957 mit Peking geschlossene „Abkommen über neue Technik für die nationale Verteidigung“ verstieß<sup>50</sup>. Das Problem kann hier unberücksichtigt bleiben, ob es Chruschtschew hierbei mehr um die Entspannung mit den USA ging oder darum, auf diese Weise die atomare Bewaffnung seiner beiden mächtigsten Nachbarn – der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China – zu verhindern. Ungeachtet aller positiven und negativen

<sup>47</sup> Jürgen Domes, Marie-Luise Näth: Die Außenpolitik der Volksrepublik China. Eine Einführung. Düsseldorf 1972, S. 70.

<sup>48</sup> S. dazu Larkin, Bruce D.: China and Africa 1949–1970. London 1971, S. 27 f.

<sup>49</sup> S. dazu Zagoria, Donald S.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt. S. 222–226.

<sup>50</sup> S. dazu Peking Review, No. 33, 16. April 1963. Daß die sowjetischen Führer hingegen durchaus bereit waren, in kritischen Lagen schützend ihren „nuklearen Schirm“ über China zu halten, bewiesen sie wiederholt – und mindestens aus zwei Motiven: 1. um China von der Überflüssigkeit eigener atomarer Aufrüstung zu überzeugen und 2. um einen Krieg im Keime zu ersticken, in den u. U. auch die UdSSR hätte verwickelt werden können.

Nebenwirkungen war die Bereitschaft zur Nichtweitergabe von Atomgeheimnissen an China als den Hauptgegner der USA eine ebenso logische wie konsequente Fortsetzung des Koexistenz-Kurses. — Ebenso konsequent war ein anderer Schritt, der freilich mehr die offensive als die defensive Seite des Kurses betonte: die sowjetische Zurückhaltung im indisch-chinesischen Grenzkonflikt, der im September 1959 ausbrach. Schon in den vorangehenden Jahren hatte sich die sowjetische Politik gegenüber einer Reihe von Ländern der Dritten Welt als der Versuch zu erkennen gegeben, diese Länder mit den Mitteln politischer und wirtschaftlicher Unterstützung aus dem westlichen Lager herauszulösen oder ihre Anlehnung an den Westen zu verhindern. Diese Politik hatte nationalstaatliche Interessen Chinas nur insofern berührt, als die Mittel, die Chruschtschew für diese Offensive verwendete, dem Fonds abgezweigt wurden, aus dem auch die sowjetische Wirtschaftshilfe an China kam<sup>51</sup>. Das mochte wirtschaftlich bedauerlich sein und auch ideologisch fragwürdig, da einige der Regime, denen diese Hilfe zugute kam — etwa Ägypten und Indien —, nach kommunistischen Kategorien nicht gerade förderungswürdig waren; dennoch konnte sie kaum als Brüskierung Chinas oder als Verstoß gegen den „proletarischen Internationalismus“ ausgelegt werden. Anders verhielt es sich jedoch mit dem im Juli 1959 beginnenden indisch-chinesischen Konflikt, in dem die anfangs neutrale, später sogar pro-indische Haltung der sowjetischen Führer nicht nur China, sondern darüber hinaus auch die sozialistische Solidarität kompromittierte<sup>52</sup>.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wann der sino-sowjetische Konflikt unüberbrückbar wurde: Ob es erst im Juni 1963 nach der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens geschah, oder ob man dieses Datum vorverlegen kann, entweder auf den spektakulären Abzug der sowjetischen Techniker im Juni 1960, auf die Veröffentlichung des Artikels „Lang lebe der Leninismus“ im April 1960<sup>53</sup> oder — wie W. E. Griffith vorschlug — auf das Lushan-Plenum im Herbst 1959, auf dem Mao die Gruppe seiner pro-sowjetischen Kritiker um P'eng Te-huai entmachtete<sup>54</sup>. Denn allein dieser kurze Abriß dürfte gezeigt haben, daß schon Ende der fünfziger Jahre der Konflikt so vielschichtig geworden war und sich so folgerichtig aus zwei verschiedenen Positionen und Interessenlagen entwickelt hatte, daß ein befriedigender Kompromiß selbst dann nicht mehr möglich gewesen wäre, wenn beide Seiten ihn ehrlich angestrebt hätten. Aus demselben Grund erscheint es auch gerechtfertigt, die Eskalation des Konflikts nicht weiterzuverfolgen, sondern die Darstellung an diesem Punkt abzubrechen und die anfangs gestellte Frage nach dem Stellenwert der ‚ideologischen‘ und der ‚machtpolitischen‘ Fehden aufzunehmen. Denn je tiefer man in die Geschichte der Auseinandersetzungen eindringt, um so schwerer wird es, ihre eigentlichen Antriebe festzustellen.

<sup>51</sup> S. dazu Freedman, Robert Owen: *Economic Warfare in the Communist Bloc*. London 1970, besonders S. 103–174.

<sup>52</sup> S. dazu Zagoria, Donald S.: *Der chinesisch-sowjetische Konflikt*, S. 313 f.

<sup>53</sup> Gittings, John: *Survey of the Sino-Soviet Dispute*. London 1968, S. 120 f.

<sup>54</sup> William E. Griffith, *The Sino-Soviet Rift*, M. I. T. Press 1964, S. 18; s. dazu im einzelnen: *The Case of Peng Teh-huai 1959–1968*, Kong Kong: Union Research Institute 1968.

## III.

„Im Jahre 1950“, so erinnerte sich Mao im März 1958 auf der Chengtu-Konferenz, „habe ich mich mit Stalin zwei Monate lang herumgestritten. Es ging um den Vertrag über gegenseitige Hilfe und Beistand, um die chinesische Changchun-Eisenbahn, um die gemeinsamen Gesellschaften und um Grenzfragen. Wir nahmen damals den Standpunkt ein: ‚Wenn uns Euer Vorschlag nicht paßt, bekämpfen wir ihn; wenn ihr aber darauf beharrt, werden wir ihn akzeptieren.‘ Ich tat dies, weil ich die Interessen des gesamten Sozialismus im Auge hatte.“<sup>55</sup> Als Mao diese Rede hielt – in der Absicht, die Politik des Großen Sprungs zu rechtfertigen und die Lösung vom sowjetischen Modell zu begründen –, lagen die Anfänge des russisch-chinesischen Konflikts, sofern man den chinesischen Hinweisen glaubt<sup>56</sup>, schon zwei Jahre zurück. Hätten, wie damals in Moskau, auch zu dieser Zeit beide Seiten „die Interessen des gesamten Sozialismus“ im Auge gehabt, so wäre der Konflikt vielleicht noch überbrückbar gewesen. Für eine solche Vermutung spricht nicht zuletzt, daß es Peking und Moskau bis dahin vermieden hatten, die Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit zu tragen und die westliche Welt noch immer an die Existenz eines sozialistischen Monolithen glaubte<sup>57</sup>.

Dieser Glaube geriet auch in den folgenden Jahren kaum ins Wanken, obwohl Beobachter der Szenerie, die mit den subtilen Anspielungen der chinesischen Presse vertraut waren, seit 1959 auf Indizien stießen, denen zu entnehmen war, daß es um die Beziehungen der beiden kommunistischen ‚Bruderstaaten‘ nicht mehr zum besten stand. Spätestens seit dem Artikel „Lang lebe der Leninismus“ im April 1960 – mit dessen Veröffentlichung nach sowjetischer Auffassung der Konflikt begann – war die Kontroverse jedoch nicht mehr zu übersehen. Öffentlich und offen beim Namen nannten sich die Kontrahenten jedoch auch jetzt noch nicht. Zwar war auf den Konferenzen von Bukarest (im Juli 1960) und Moskau (im November 1960) der Streit unverhüllt ausgebrochen, doch noch immer figurierten Albanien und Jugoslawien als Zielscheiben der gegenseitigen Angriffe. Erst im Winter 1962/63, auf den Kongressen der kommunistischen Parteien von Bulgarien, Ungarn, Italien, der CSSR und der DDR, fielen auch diese symbolischen Rücksichten, wurden statt Enver Hodscha und Tito nun Mao Tse-tung und Chruschtschew als die Repräsentanten und Protagonisten der beiden Lager angegriffen<sup>58</sup>.

Schon die Weigerung Moskaus, China die noch 1957 versprochene Hilfe bei der Entwicklung eigener nuklearer Waffen zu leisten, sowie der Abzug der sowjetischen Experten im Herbst 1960 hatten gezeigt, daß sich die Kontroverse nicht auf den ideologischen Bereich beschränkte, sondern die konkrete Politik der beiden Staaten miteinbezog. Die sowjetische Haltung im indisch-chinesischen Grenzkonflikt im Oktober 1962 und die chinesische Reaktion auf das sowjetische Verhalten in der Cuba-Krise bestätigten diesen Trend. „Der endgültige Bruch zwischen

<sup>55</sup> Mao Tse-tung wan-sui, Peking 1969, S. 163–164.

<sup>56</sup> Polemik, S. 455.

<sup>57</sup> S. dazu Zagoria, Donald S.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt, S. 165 ff.; Mehnert, Klaus: Peking und Moskau. München 1966, S. 337 ff.

<sup>58</sup> S. dazu Gittings, John: Survey of the Sino-Soviet Dispute. London 1968, S. 174–194.

China und der Sowjetunion“, konstatierte Gittings später zu Recht, „ereignete sich schließlich im Juli 1963 mit der Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens, seiner Verurteilung durch China, der Verschiebung der bilateralen sino-sowjetischen Gespräche auf unbestimmte Zeit und der Eröffnung der vollkommen offenen Polemik beider Seiten.“<sup>59</sup>

Spätestens seit dem Bericht von E. Crankshaw im Frühjahr 1961 über die Kontroversen der Bukarester und Moskauer Konferenzen hatte im Westen eine intensive Beschäftigung mit den Ursachen des Konflikts eingesetzt. Zugleich begannen Spekulationen über die ‚eigentlichen‘ Gründe und Hintergründe, vor allem aber über die Tiefe und Überbrückbarkeit der Spaltung. „In welchem Maße dürfen wir diesen ideologischen Streit als das nehmen, was er an der Oberfläche erscheint – als Diskussion unter Kommunisten?“ spekulierte Crankshaw in seiner Analyse „The New Cold War Moscow v. Peking“ und fügte argwöhnisch hinzu: „In welchem Maß ist dieser ideologische Ringkampf ein Scheingefecht, um die Bruderparteien ebenso wie die kommunistische Welt zu täuschen?“<sup>60</sup> Inzwischen ist das Mißtrauen, es könne sich nur um ein „Scheingefecht“ handeln, längst der Gewißheit gewichen, daß eine Spaltung vorliegt, die gelegentlich sogar so tiefgreifend erschien, daß die Möglichkeit eines Krieges nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Fortgesetzt werden allerdings noch immer die Diskussionen über den Stellenwert, den die „Ideologie“ in den Auseinandersetzungen spielte und noch immer spielt, die Frage also, ob jene Auseinandersetzungen primär ideologisch bedingt sind oder ob der ideologische Dissens nur die Kulisse für handfeste und tief in die Geschichte hinabreichende Interessengegensätze zweier Mächte bildet.

Letztere Interpretation vertrat kürzlich erst wieder William E. Griffith mit der Bemerkung, daß rückblickend ein „anhaltendes gutes Einvernehmen zwischen China und der Sowjetunion niemals wahrscheinlich war, noch viel weniger eine Allianz“, und zugleich den ideologischen Aspekt mit dem Hinweis abschwächte, der ideologische Eifer innerhalb des Kommunismus habe „weitgehend organisatorischen und nationalistischen Überlegungen Platz gemacht“<sup>61</sup>. Zu einem ähnlichen Ergebnis war schon früher John Gittings gelangt, als er, nach Abwägung der verschiedenen Elemente des Konflikts, zu dem Schluß kam, „keine einfache Erklärung, wie attraktiv sie auch in sich selbst sein mag, kann der vielfältigen Natur des sino-sowjetischen Disputs, der sich auf einer Vielzahl von Ebenen ereignet, gerecht werden. Dennoch meine ich, daß es vor allem die Machtbeziehung zwischen den beiden Ländern – wie sie sich in der Mitte der fünfziger Jahre herausbildete – war, die sich bei der Entstehung des Disputs als katalysatorisches Element erwies“<sup>62</sup>. Um eine möglichst gleichgewichtige Einschätzung bemühte sich F. Schurmann, als er feststellte: „Während der Disput praktische Differenzen zwischen China und Rußland reflektierte oder maskierte, war er offensichtlich ein Zusammenstoß über Weltanschauungen.“ Das leichte Übergewicht, das hier die weltanschaulichen Elemente zu besitzen scheinen, wird freilich wieder aufgehoben,

<sup>59</sup> Gittings, John: *Survey of the Sino-Soviet Dispute*, S. 185.

<sup>60</sup> Edward Crankshaw, *Moskau – Peking oder der neue Kalte Krieg*. Reinbek b. Hamburg 1963, S. 7.

<sup>61</sup> William E. Griffith, *Peking, Moscow and Beyond: The Sino-Soviet-American Triangle*, Washington D. C. 1973, S. 10 und S. 12.

<sup>62</sup> Gittings, *Survey*, S. 21 (s. auch S. 3) (Hervorhebung von mir, P. J. Opitz).

wenn Schurmann an anderer Stelle gleichsam fortfährt: „Offensichtlich wäre die Behauptung falsch, alle diese Differenzen über die Weltanschauung dienten lediglich dem Zweck, die eine große praktische Streitfrage zu verdecken, die zwischen China und Rußland bestand: Kernwaffen. Es wäre jedoch gleichermaßen falsch zu sagen, daß jene ideologischen Differenzen und die ihnen folgenden politischen Spaltungen auch ohne die nukleare Frage entstanden wären.“

Zu einer stärkeren Betonung der ideologischen Aspekte tendierte dagegen mehr Peter Weber-Schäfer, wenn er feststellte: „Neben einer in China seit dem neunzehnten Jahrhundert verbreiteten Rußlandfeindschaft und dem traditionellen Überlegenheitsgefühl des Kulturzentrums über die ‚westlichen Barbaren‘ liegt so dem chinesisch-sowjetischen Konflikt jenseits aller machtpolitischen Überlegungen eine eigenständige Auffassung vom Wesen des Sozialismus und der Rolle Chinas als Vertreter der Dritten Welt zugrunde, die vielleicht erst spät zum offenen Ausbruch kam, implizit aber bereits in der Bezweiflung des absoluten Führungsanspruchs der KPdSU und der Propagierung des ‚chinesischen Wegs zu Sozialismus‘ in den dreißiger Jahren angelegt war.“<sup>65</sup> Noch stärker hob H. H. Holz die Bedeutung der ideologischen Divergenzen hervor: „Im Gegensatz zu den meisten bürgerlichen Interpreten, die nur in machtpolitischen Kategorien denken können, begreife ich den chinesisch-sowjetrussischen Konflikt primär und in seinem Ursprung als einen solchen der Theorie und Ideologie.“<sup>66</sup>

Obwohl keiner der genannten Autoren – und sie stehen nur repräsentativ für andere – die Komplexität des Konflikts leugnet und eine reduktionistische Verkürzung der Problematik vornimmt, sind die Unterschiede in der Gewichtung evident. Der Versuch wäre müßig, die einzelnen Elemente des Konflikts herauszulösen und in ihrer Bedeutung hinsichtlich des Gesamtkonflikts zu bestimmen; denn so eindeutig die Unterschiede der Gewichtung auch sind, so schwierig und – wie mir scheint – überflüssig wäre es, diese genauer quantifizieren zu wollen. Keineswegs überflüssig erscheint dagegen eine etwas genauere Bestimmung des ideologischen Elements, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen, weil ihm die unmittelbar am Konflikt Beteiligten und von ihm Betroffenen eine erhebliche Bedeutung zumessen; anders wäre das große Engagement, mit dem der Disput von beiden Seiten geführt wurde, kaum verständlich. Zum anderen aber, weil gerade die Beurteilung der ideologischen Auseinandersetzung durch westliche Interpreten von schwerwiegenden Mißverständnissen und Unklarheiten getrübt ist.

Besonders irreführend erscheint hier die scharfe Trennung von ‚ideologischen‘ und ‚machtpolitischen‘ Faktoren und der auch in den angeführten Zitaten anklingende Streit darüber, welchen von beiden die größere Bedeutung zukommt. Diese Unterscheidung bürgerte sich ein, weil der Konflikt nach außen hin zuerst auf der ‚ideologischen‘ Ebene ausgetragen wurde – nämlich als Debatte über die Übereinstimmung einer spezifischen politischen Strategie mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus – und sich die nationalen Widersprüche zwischen den

<sup>63</sup> Schurmann, Franz: *The Logic of World Power*. New York 1974, S. 316.

<sup>64</sup> Ebd., S. 326.

<sup>65</sup> Peter Weber-Schäfer, Die ‚Weltanschauung‘ Mao Tse-tungs, in: *Zeitschrift für Politik*, H. 4 (Okt. 1972), S. 319–320.

<sup>66</sup> Hans Heinz Holz: *Widerspruch in China*. Politisch-Philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung, München 1970, S. 99.

beiden Staaten erst später zeigten und zuspitzten. Sie wurde durch die Tatsache vertieft, daß im Zentrum des außenpolitischen Denkens im Westen noch immer der Nationalstaat bzw. ein globales System von Nationalstaaten steht, im Vergleich zu dem der in eine umfassende Weltanschauung eingebettete und mit starken messianischen Elementen versetzte klassen- und zukunftsorientierte Ansatz des Marxismus-Leninismus eher spekulativ wirkte, und die von ihm abgeleiteten Begründungen für konkrete politische Entscheidungen als vorgeschoben und unecht.

Abgesehen davon, daß eine solche Interpretation vielleicht für den Einzelfall zutreffen mag, generell jedoch nicht haltbar ist, zeigt eine genauere Untersuchung beider Kategorien, daß sie zwar Verschiedenes bezeichnen, an sich jedoch keine Gegensätze darstellen. Denn auch eine Orientierung an nationalstaatlicher Machtpolitik ist selbst ja wieder Ausdruck einer bestimmten ‚Ideologie‘, während andererseits keine ‚ideologisch‘-motivierte Politik zur Durchsetzung ihrer Ziele auf Macht verzichten kann. Wenn sich folglich chinesische und sowjetische Politiker über eine Strategie stritten, so taten sie dies im Bewußtsein, daß deren praktische Konsequenzen unter Umständen einzelne Prinzipien des Marxismus-Leninismus verletzen oder sogar das Endziel insgesamt gefährden würden. Zudem konnte eine außenpolitische Linie, selbst wenn sie sich im Rahmen der Orthodoxie bewegte und für den Sozialismus insgesamt wichtig war, für das eine oder andere Land so fatale Folgen haben, daß kein verantwortlicher Politiker sie akzeptieren konnte. War es Stalin noch möglich gewesen, seine Politik des „Sozialismus in einem Land“ ohne große Widerstände durchzusetzen, so war dies nach der Entstehung einer Vielzahl sozialistischer Länder nicht mehr ohne weiteres möglich: Was gut war für die UdSSR, war eben nicht notwendigerweise auch gut für China oder andere Länder des „sozialistischen Lagers“. Eine Debatte über diese Strategie und einzelne ihrer Elemente, über ihre prinzipielle Fundierung und ihre politischen Folgen für das einzelne sozialistische Land oder die sozialistische Weltrevolution war – die vorangehenden Kapitel sollten dies noch einmal deutlich gemacht haben – somit alles andere als eine scholastische Diskussion, in der es um die Verteidigung dogmatischer Positionen oder die puristische Reinhaltung einer Doktrin ging.

Damit stellt sich als das eigentliche Problem, das es zu lösen gilt, die Frage, ob die chinesischen Politiker ihre Kritik vorbrachten, weil sie durch die von Chruschtschew eingeschlagene Politik die „Interessen des Sozialismus insgesamt“ gefährdet sahen, oder lediglich aus „nationalem Interesse“ bzw. sogar nur aus nationaler oder persönlicher Eitelkeit. Diese Frage ist leichter formuliert als beantwortet, da eine befriedigende Antwort dadurch erschwert wird, daß ein primär „nationales Interesse“ als Hauptmotiv des Konflikts dann nur schwer identifiziert werden könnte, wenn auch Verstöße gegen umfassendere sozialistische Interessen und Ideale vorliegen, hinter denen sich die national-egoistischen Besorgnisse verstecken könnten. Gerade dies jedoch scheint beim sino-sowjetischen Konflikt vorzuliegen. Sofern dies der Fall ist und vorgeschobene Besorgnis von der echten nicht sauber unterschieden werden kann, muß nach Fällen gesucht werden, bei denen dies nicht vorliegt, sondern bei denen – im Gegenteil – die umfassenden sozialistischen Ideale und Interessen mit den engeren nationalen Interessen kollidieren. Eine solche Untersuchung könnte sich dann freilich nicht mehr auf den sino-sowjetischen Konflikt beschränken, sondern müßte sich auf die gesamte Außenpolitik der VRCh beziehen und sie nach Entscheidungen hin prüfen, in denen

eng nationalen Interessen der Vorrang eingeräumt wird. In einem solchen Kontext wäre es sinnvoll, die Wendung der chinesischen USA-Politik zu untersuchen oder, um andere Beispiele zu nennen, an denen die Prinzipientreue der VRCh in den vergangenen Jahren ins Zwielficht geraten ist, das Verhältnis der VRCh gegenüber den Aufstandsbewegungen in Bangla Desh und in Sri Lanka<sup>67</sup>. In jedem der angeführten Fälle wären jedoch detailliertere Analysen erforderlich, als sie hier vorgenommen werden können.

Mindestens ebenso komplex wie die Prüfung der Prinzipientreue der chinesischen Außenpolitik gestaltet sich die Frage nach der Berechtigung der chinesischen Kritik an der Innenpolitik der Nachfolger Stalins. Denn ebenso wie sich die Prüfung der außenpolitischen Anklagen Pekings zwangsläufig auf eine Untersuchung der gesamten chinesischen Außenpolitik ausweitet, muß in die Prüfung der chinesischen Vorwürfe gegen Chruschtschew und dessen Nachfolger nicht nur die gesamte Innenpolitik der UdSSR und die durch sie bewirkten Entwicklungen einbezogen werden, sondern auch die sozio-politischen Veränderungen, die sich in der VRCh mit der Kulturrevolution vollzogen (oder, genau genommen, sogar nach dem Großen Sprung nach vorn), da sich in ihnen das chinesische Verständnis vom wahren sozialistischen Weg manifestiert. Auch wenn damit noch nicht die Kompatibilität dieses chinesischen Wegs mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus erwiesen wäre, kann die eigene gesellschaftliche Praxis Pekings Indizien für die Glaubwürdigkeit der chinesischen Haltung liefern.

Beginnen wir nach diesen mehr methodischen Betrachtungen, die den Umfang und die Bedingungen einer adäquaten Untersuchung des ideologischen Elements im sino-sowjetischen Konflikt betrafen, mit diesem letzten Komplex. Auf die Tatsache, daß es Beziehungen zwischen der Kulturrevolution und dem sino-sowjetischen Konflikt gibt, wies 1969 schon Chalmers Johnson hin, als er in einer Analyse der „beiden chinesischen Revolutionen“ im Hinblick auf die sino-sowjetische Polemik feststellte: „Das Aufregende an der Polemik mit der UdSSR ist: Liest man sie im Rückblick, also mit dem Vorteil, den Lauf der weiteren Ereignisse zu kennen, so enthält sie eine Blaupause der Kulturrevolution. Bei der Durchführung einer ideologischen Diagnose des Ursprungs, der Natur und der Folgen von Chruschtschews Politik in Rußland und auf internationaler Ebene, diagnostizierte Mao auch die Fehlentwicklung in China seit dem Großen Sprung und verpflichtete sich selbst ideologisch, was zu ihrer Beseitigung zu tun war.“<sup>68</sup>

<sup>67</sup> S. dazu Groeling, Erik von: Moskau, Peking und der Krieg zwischen Indien und Pakistan. Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 1972, Nr. 6.

<sup>68</sup> Chalmers Johnson, „The Two Chinese Revolutions“, CQ, No. 39, S. 24. Eine durchaus ähnliche Interpretation lieferte kürzlich auch R. MacFarquhar, als er feststellte: „The handling of the Stalin issue and some of the new doctrines propounded at the 20th Congress had aroused misgivings among the Chinese leaders as to the competence of the Soviet leaders and the way in which they were leading the communist bloc. These misgivings were increased in 1959 by Khrushchev's apparent readiness to come to terms with the United States. From 1960 the Chinese began to denounce Soviet willingness to compromise with imperialism, but when these strictures failed to bring the Soviet leaders to their senses, Mao began a major re-examination of Soviet society in an attempt to understand what had deflected the Russians from what he considered to be the true Leninist path. In the early 1950s the Chinese slogan had been 'the Soviet today is our tomorrow'. During the great leap forward, the Chinese had abandoned the Soviet economic model. By the mid-1960s, his analysis of

In der Tat finden sich in der „Polemik“ eine Reihe von Passagen, denen zu entnehmen ist, daß der kritischen Bestandsaufnahme revisionistischer Entartungserscheinungen in der UdSSR Konsequenzen im eigenen Land folgen würden. So heißt es etwa im 9. Kommentar der „Polemik“:

„Wenn die große Oktoberrevolution den Marxisten-Leninisten aller Länder ungemein wichtige positive Erfahrungen zur Verfügung gestellt hat, so hat der Revisionismus Chruschtschews äußerst wichtige negative Erfahrungen geliefert, aus denen die Marxisten-Leninisten aller Länder die Lehren ziehen können, wie die Entartung der proletarischen Parteien und der sozialistischen Länder zu verhindern ist.“<sup>69</sup>

Und diesen allgemeinen Feststellungen schließen sich einige Passagen der Selbstprüfung und Selbstkritik an:

„Jedoch sollten wir uns einmal umsehen, ob alles in unserer gegenwärtigen Gesellschaft wirklich so sauber ist. Nein, es ist nicht alles so sauber. Es gibt noch Klassen und Klassenkämpfe, eine Verschwörertätigkeit der gestürzten reaktionären Klassen zur Wiederherstellung ihrer Macht, Spekulationsgeschäfte treibende alte und neue bürgerliche Elemente, zügellose Verstöße von korrupten Individuen, von Defraudanten und Entarteten. In Einzelfällen sind auch an der Basis Entartungserscheinungen aufgetreten, wobei die entarteten Elemente nach Kräften versuchen, in höher stehenden Führungsorganen ihre Beschützer und Agenten zu finden. Diesen Erscheinungen gegenüber dürfen wir nicht die geringste Nachlässigkeit zulassen, sondern müssen wir die erforderliche Wachsamkeit an den Tag legen.“<sup>70</sup>

Mag man sich über die Beurteilung der durch die Kulturrevolution bewirkten Veränderungen streiten und auch ihre Übereinstimmung mit den Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin in Zweifel ziehen, unstrittig ist, daß die Maßstäbe, die an die sowjetische Gesellschaft gelegt wurden und zur Kritik an Stalin und seinen Nachfolgern führte, auch bei der Kritik und Korrektur der chinesischen Verhältnisse Verwendung fanden. Das zeigte sich an einer Fülle von Erscheinungen: im Prinzip „Politik an erster Stelle“ und in der Betonung des Klassenkampfes ebenso wie in der Zerschlagung der KPCh und radikalen antibürokratischen Maßnahmen, in der vehementen Kulturkritik und der Umstrukturierung des chinesischen Erziehungssystems ebenso wie in den damit eng verbundenen Anstrengungen, einen „neuen“, nur dem Allgemeinwohl verpflichteten Menschen zu schaffen<sup>71</sup>. Betrachtet man den sino-sowjetischen Konflikt vor dieser innerchinesischen Entwicklung, so kommt man kaum umhin zu konzedieren, daß der chinesischen Kritik echte und ehrliche Besorgnis über die Entwicklungen in der UdSSR zugrunde lag. Daß eine Fehlentwicklung in der UdSSR, dem „Vaterland des Sozialismus“ und zugleich mächtigsten Staat des sozialistischen Lagers, folgenschwere Konsequenzen für das ganze Lager und darüber hinaus für die „Weltrevolution“ haben mußte, liegt auf der Hand. Sorge und Kritik waren somit nicht nur gerechtfertigt, sondern sowohl von einem nationalen wie von einem übergeordneten sozialistischen Standpunkt durchaus notwendig.

Soviet society completed, Mao had decided that it was imperative to prevent China from taking the revisionist Soviet road and that party and state would have to be restructured. — The cultural revolution was, above all, Mao's attempt to map out a different path for China . . .“ Roderick MacFarquhar, *The Origins of the Cultural Revolution. 1: Contradictions among the people 1956–1957*, London Kuala Lumpur 1974, S. 10–11.

<sup>69</sup> Polemik, S. 521.

<sup>70</sup> Polemik, S. 534.

<sup>71</sup> S. dazu Peter J. Opitz, „Mao Tse-tung“ in ders.: *Die Söhne des Drachens*, München 1974.

Schwerer fällt die Beurteilung der Motive der außenpolitischen Kritik Pekings am Verhalten der UdSSR. Daß deren Koexistenzpolitik im allgemeinen und eine sowjetisch-amerikanische Annäherung im besonderen, bei unveränderter Feindseligkeit der USA gegenüber der VRCh, nicht im nationalen Interesse Chinas lag, wurde schon gezeigt: Sie mußte, bei anhaltender Isolierung des Landes, die Abhängigkeit von der Sowjetunion weiter verstärken und damit nicht nur die Eigenständigkeit der Entwicklung eines chinesischen Sozialismus gefährden, sondern darüber hinaus auch die Erlangung vollständiger Souveränität. Zudem verhinderte sie nicht nur die im Falle eines Krieges eintretende gegenseitige Schwächung der beiden Giganten, sondern führte sogar zu einer teilweisen Aussöhnung, die den strategischen Wert Chinas als Bündnispartner minderte.

Doch auch jenseits von nationalen Erwägungen, die in der chinesischen Argumentation nicht anklingen, konnte die Politik Chruschtschews das Herz eines der Weltrevolution ergebenen Revolutionärs nicht gerade höher schlagen lassen. Denn selbst wenn er konzedierte, daß eine unmittelbare militärische Konfrontation der beiden Blöcke wegen der nuklearen Gefahren, die sie barg, vermieden und der Status quo des westlichen Lagers deshalb vorerst respektiert werden mußte, so konnte er kaum einsehen, warum auch an den anderen beiden Fronten, an denen eine Schwächung der westlichen Mächte ohne großes Risiko möglich war — in ihrem Inneren, vor allem aber in den vom Westen kontrollierten Teilen der sogenannten Dritten Welt —, Ruhe herrschen sollte. Schließlich hatte schon ein halbes Jahrhundert zuvor Lenin darauf hingewiesen, daß das Ausbleiben der proletarischen Revolution in den westlichen Industriestaaten nicht zuletzt eine Folge der durch die Ausplünderung der Kolonialgebiete ermöglichten „Bestechung“ des westlichen Proletariats war und die Unterbindung dieser Ausplünderung durch die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen somit ein gutes Mittel zur Auslösung der längst überfälligen proletarischen Revolution in den Industriestaaten und damit zum Kollaps des Kapitalismus war. Während jene Befreiungsorganisationen damals jedoch noch in ihren Anfängen steckten, schien zu Beginn der sechziger Jahre der von ihnen provozierte Entkolonialisierungsprozeß schon bald jenen Punkt erreicht zu haben, von dem aus das kapitalistische System insgesamt aus den Angeln gehoben werden konnte. Statt diesen Prozeß aktiv weiter voranzutreiben — vor allem über jene Phase, in der die inzwischen zur Macht gekommenen neuen nationalen Eliten, die noch immer eng mit den alten Kolonialmächten zusammenarbeiteten, durch sozialistische Eliten ersetzt werden —, statt ihn voranzutreiben, ihn einer fragwürdigen Koexistenz zuliebe zu vernachlässigen und damit unter Umständen aufs Spiel zu setzen, mußte in der Tat Mißtrauen erregen und die Fragen nach den dieser Politik zugrunde liegenden Motiven provozieren. Daß bei der Suche nach einer befriedigenden Antwort angesichts der privilegierten Position der Parteielite innerhalb der sowjetischen Gesellschaft sowie der hegemonialen Haltung der Sowjetunion innerhalb des sozialistischen Lagers sich der Eindruck verfestigte, daß es den für diese Politik verantwortlichen Führern weniger um die Realisierung einer sozialistischen Weltordnung ging als um die Etablierung eines Imperiums, das sich in seiner Struktur und seinen Zielsetzungen nur wenig von den früheren Imperien der Geschichte unterscheiden würde, kann daher kaum überraschen. Im chinesischen Fall wurde eine solche Interpretation noch durch die starre Haltung gefördert, mit der die sowjetischen Führer auf die Forderung nach

Verhandlungen über die territorialen Fragen reagierten. Ihre Reaktion mußte in China um so mehr Verbitterung hervorrufen, als es nicht zuletzt die anti-imperialistischen Proklamationen der neuen russischen Führung 1919 gewesen waren, die zahlreiche junge Chinesen damals zur Konversion zum Kommunismus veranlaßt hatten. Prima facie mögen die territorialen Erwartungen der chinesischen Kommunisten unter die Kategorie nationalen Interesses fallen. Dieser Eindruck ist jedoch falsch, da er das Problem zu sehr vereinfacht. Denn ebenso wie der sowjetische Verzicht auf die territorialen Eroberungen des Zaren Ende der zwanziger Jahre als Abkehr von der imperialistischen Politik der Vergangenheit gewertet wurde und als Anfang einer neuen gerechten Weltordnung, ebenso wird fünfzig Jahre später das Beharren der sowjetischen Führer nicht nur auf jenen Gebieten, sondern sogar auf der Rechtmäßigkeit jener „ungleichen Verträge“, durch die sie dem chinesischen Reich abgeschnitten worden waren, zum Beweis für ihre Rückkehr zum Imperialismus. Nationale Interessen und sozialistische Ideale verfließen in dieser Frage zu einer unauflösbaren Einheit.

Da sich nach chinesischer Auffassung die neue sowjetische Politik in einer spezifischen Interpretation der marxistisch-leninistischen Ideologie spiegelte, mußte die Kritik notwendigerweise hier ansetzen. Denn der Disput über die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und ihre richtige Anwendung in der konkreten politischen Situation konnte zweierlei leisten: Er konnte die sowjetischen Führer vom „unsozialistischen“ Charakter ihrer Politik überzeugen und sie zur Umkehr und zum Einlenken auf eine gemeinsame „Generallinie“ bewegen; er konnte aber auch die Fragwürdigkeit ihrer politischen und prinzipiellen Position demaskieren und damit ihre Abkehr von den sozialistischen Idealen und Gesamtinteressen zugunsten nationaler Eigeninteressen demonstrieren. In jedem Fall wurde durch diese prinzipielle Polemik die Aufmerksamkeit der anderen sozialistischen Länder und Parteien auf Probleme gelenkt, die es ideologisch und politisch zu bewerten und zu bewältigen galt. Versucht man im Rückblick auf die historische Entwicklung und im Hinblick auf ihre funktionale Bedeutung den Stellenwert der ideologischen Auseinandersetzung im sino-sowjetischen Konflikt zu bestimmen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie ein ebenso integraler wie zentraler Bestandteil des Konflikts ist: Integral, insofern sie nicht von den Ereignissen auf der Machtebene losgelöst werden kann, sondern mit ihnen dialektisch verbunden ist; zentral, insofern sie den theoretischen Bezugsrahmen bildet, in dem die Ereignisse auf der Machtebene erst ihren Sinn erhalten.